



KAMPF GEGEN DAS CORONAVIRUS

Ein Überblick der Entwicklungen
der vergangenen Wochen.

NAZI-KENNZEICHEN VERBIETEN

Trotz der Corona-Pandemie
geht der Kampf gegen
Rechtsextremismus weiter.

WECHSEL IN DER SPD-FRAKTION

Grant Hendrik Tonne rückt für
Dirk Adomat in den Landtag nach.



Liebe Leserinnen und Leser,

das Coronavirus und seine Folgen stellen unsere Gesellschaft und unser Land vor eine der schwierigsten Herausforderungen seit der Nachkriegszeit. Die Niedersächsische Landesregierung hat in enger Absprache mit den anderen Bundesländern und der Bundesregierung in den letzten Wochen zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Die Erfolge werden langsam sichtbar. Wir werden aber zur Überwindung dieser Pandemie auch in den nächsten Wochen und Monaten mit Einschränkungen leben müssen.

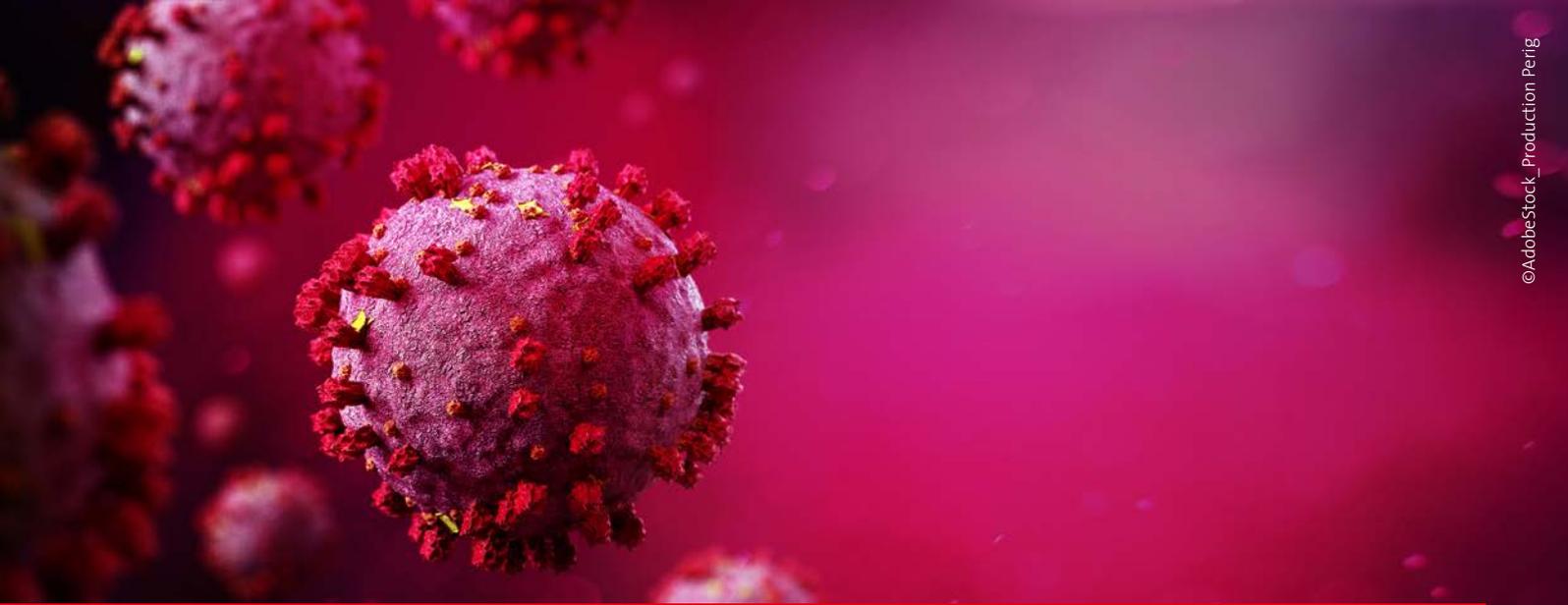
Jetzt geht es aber auch darum, erste Schritte der Lockerungen aus dem Shutdown vornehmen zu können. Für uns hat dabei oberste Priorität, diese Maßnahmen mit Blick auf das Infektionsgeschehen in unserem Land gut überlegt und abgewogen vorzunehmen. Wir begrüßen daher den von unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil vorgelegten 5-Stufen-Plan, der nun Orientierung und Planbarkeit in der Corona-Krise bietet.

Die von uns auf den Weg gebrachten Hilfsprogramme und finanziellen Mittel zur Überwindung dieser Pandemie stellen schon jetzt eine wichtige Grundlage dar, müssen aber sicherlich auch zukünftig ständig überprüft und nachjustiert werden.

Am Ende möchte ich all denjenigen danken, die das Virus an vorderster Front bekämpfen. Mein Dank gilt aber auch denjenigen die weiterhin dafür Sorge tragen, dass unsere öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge aufrechterhalten bleibt. Nur gemeinsam werden wir diese Pandemie gut überwinden können.

Ihre Johanne Modder,

Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion



CORONA-PANDEMIE – GRÖSSTE HERAUSFORDERUNG SEIT KRIEGSENDE

Seit zweieinhalb Monaten hat das Coronavirus auch Niedersachsen fest im Griff. Seitdem wenden wir unsere ganze Kraft darauf an, konsequent die Ausbreitungsgeschwindigkeit des Virus zu verlangsamen und eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern. Hierfür waren seit Mitte März zahlreiche Einschränkungen des öffentlichen Lebens, des gesellschaftlichen Miteinanders sowie der Wirtschaft erforderlich.

Gerade die Beschränkungen unserer Grundrechte, die Einschränkungen im sozialen Leben, der privaten Kontakte sowie die Schließungen von Kitas, Schulen und Spielplätzen und das Besuchsverbot in Alten- und Pflegeheimen haben viele Menschen schwer getroffen und sind sehr belastend. Auch zahlreiche Geschäfte des Einzelhandels und der Dienstleistungen mussten schließen, beziehungsweise nach einem Schritt der Wiedereröffnung die Verkaufsfläche erheblich reduzieren.

Seit Anfang April lässt sich feststellen, dass die täglichen Neuinfektionen stets zurückgehen und sich verlangsamen. Bewertungskriterium hierfür wird der R-Wert (die Reproduktionszahl), also die Zahl der Personen, die im Durchschnitt von einem Fall angesteckt werden, herangezogen. Anfang Mai lag dieser Wert bei circa 0,79. Das heißt, dass zehn mit Corona infizierte Personen knapp acht weitere Personen angesteckt haben.

Auf dieser Grundlage und einer positiven Entwicklung kann Niedersachsen Lockerungsmaßnahmen vorneh-

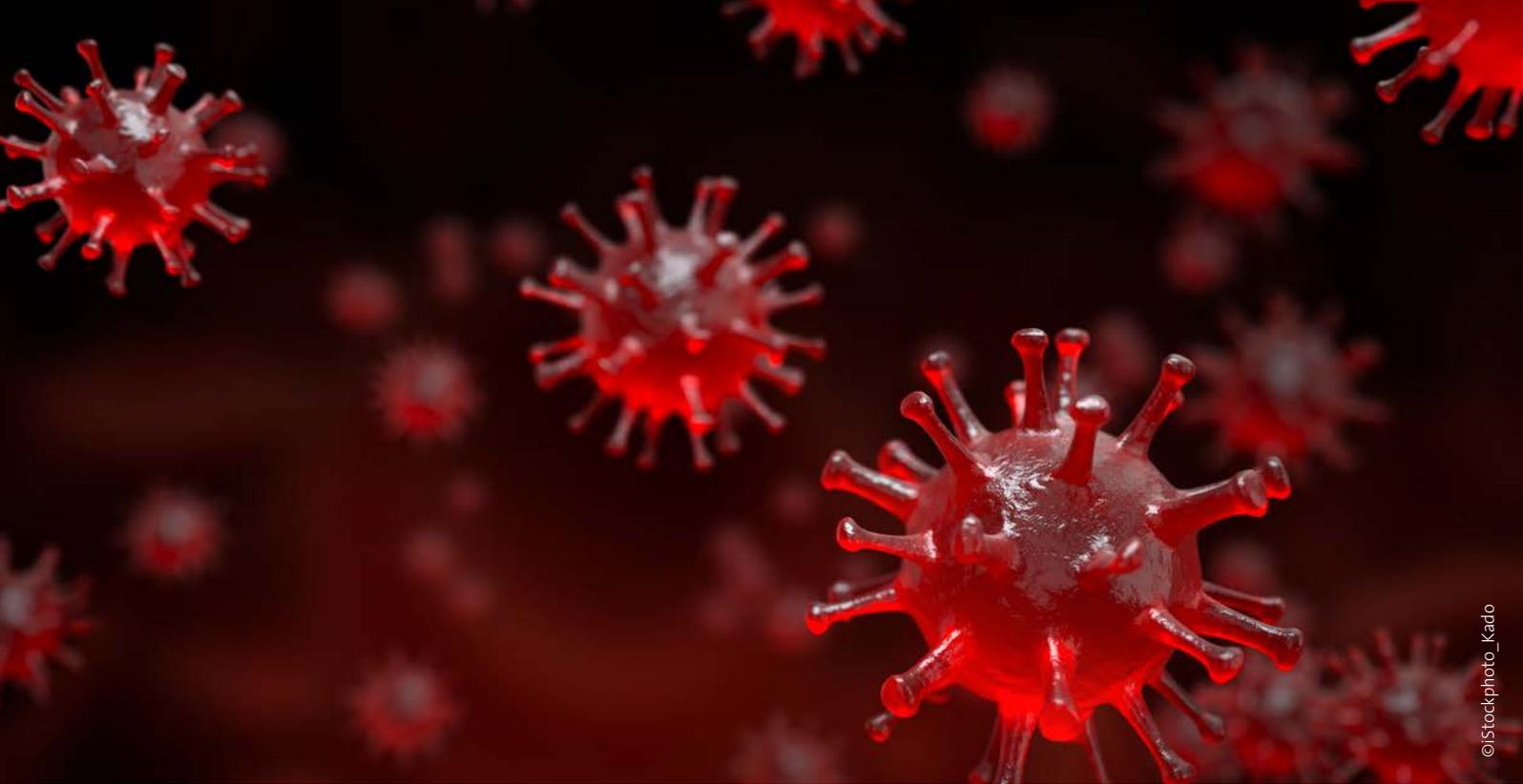
men und schrittweise Einschränkungen reduzieren oder rückgängig machen. Hierfür hat die SPD-geführte Landesregierung einen Stufenplan erarbeitet: den „Niedersächsischen Weg in einen neuen Alltag mit Corona“.

Der „Niedersächsische Weg“ enthält insgesamt fünf Stufen. Stufe 1 ist bereits im Gange und sieht beispielsweise die vorsichtige Öffnung einiger Kultureinrichtungen sowie die Öffnung von Spielplätzen und Außensportanlagen vor – diese sind zum 6. Mai in Kraft getreten.

Für den Handel gilt ab dem 11. Mai, dass jegliche bisherigen Beschränkungen der Ladenfläche aufgehoben und personennahe Dienstleistungen wie Kosmetikläden und Nagelstudios wieder zugelassen werden. In Stufe 3 ab dem 25. Mai folgt eine Ausdehnung und Öffnung aller personennahen Dienstleistungen unter hygienischen Restriktionen.

Nach dem Stufenplan sollen vom 11. Mai an Restaurants, Gaststätten, Cafés und Biergärten mit einer maximalen Auslastung von 50 Prozent sowohl im Innen- als auch im Außenbereich wieder öffnen – hierbei gilt eine Reservierungspflicht. Bars, Kneipen und Diskotheken bleiben bis auf weiteres geschlossen. Auch Ferienhäuser und -wohnungen sowie Campingplätze sollen von diesem Datum an mit einer Wiederbelegungsfrist von mindestens 7 Tagen belegt werden können.

Die Hotellerie in Niedersachsen kann dem Plan zufolge am 25. Mai ihr Geschäft wieder aufnehmen. Dann dürften Hotels, Pensionen und Jugendherbergen



©iStockphoto_kado

mit einer maximalen Auslastung von 50 Prozent und unter weiteren Auflagen wieder öffnen.

In Niedersachsens Schulen startet vom 25. Mai an, der Präsenzunterricht für weitere Klassen in Phasen. Erklärtes Ziel ist es, dass bis zu den Sommerferien alle Schülerinnen und Schüler schrittweise den Präsenzunterricht wiederaufnehmen. Die Notbetreuung in den niedersächsischen Kindertagesstätten wird ab dem 11. Mai ausgeweitet – erst auf eine Betreuungsquote von 8 bis 10 Prozent, zum 18. Mai auf bis zu 40 Prozent und zum 8. Juni auf bis zu 50 Prozent. In den Kitas soll der Regelbetrieb am 1. August wieder anlaufen.

Outdoor-Sportstätten sind bereits ab dem 6. Mai wieder geöffnet. Für Freibäder ist der 25. Mai ein wichtiges Datum – hier erfolgt eine Öffnung unter Auflagen. Freizeitparks dürfen ebenfalls ab dem 25. Mai wieder ihre Tore für Besucherinnen und Besucher öffnen.

Ministerpräsident Weil erklärt dazu: „Es geht uns um eine Strategie, die ebenso vorsichtig wie zielstrebig wieder halbwegs normale Verhältnisse schafft, bis das

Virus durch einen wirksamen Impfstoff vollständig beseitigt werden kann. Beschränkungen, die nur einen vergleichbar niedrigen Nutzen für den Infektionsschutz bringen, aber mit einem hohen gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Schaden verbunden sind, sollen als erstes angegangen werden. Außerdem war abzuwägen, welche und wie viele Lockerungsmaßnahmen auf einer Stufe zusammenkommen dürfen, ohne dass die Zahl der Begegnungen von Menschen jenseits des eigenen Hausstandes in einer nicht mehr zu verantwortenden Weise steigen würde.“

Trotz aller Lockerungsmaßnahmen bleibt die aktuelle Entwicklung des Infektionsgeschehens stets die Grundlage der Maßnahmenbewertung. So darf auch ein Rückgängigmachen von Lockerungsschritten im Falle hoher Neuinfektionen kein Tabu sein. Die geplanten Lockerungen setzen nach wie vor voraus, dass in allen Bereichen sehr strenge Hygienevorgaben und Mindestabstände eingehalten werden. Mund-Nasen-Bedeckungen werden wohl in allen Stufen weiterhin Pflicht bleiben – beim Einkauf und in Bussen und Bahnen.



Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion

	1. Stufe (einschl. VO-Stand 6. Mai)	2. Stufe (Umsetzung zum 11. Mai)	3. Stufe (25. Mai)	4. Stufe	5. Stufe
Handel/ Dienstleistung	Einzelhandel <800 qm, Ausnahmen >800 qm	Einzelhandel ohne Verkaufsflächenbeschränkung, aber mit Restriktionen			Einzelhandel ohne Restriktionen
	Personennahe Dienstleistungen: Friseure erlaubt, alle anderen untersagt	Personennahe Dienstleistungen: Friseure, Kosmetikläden, Nagelstudios und ähnliches erlaubt, alle anderen untersagt	Alle Personennahen Dienstleistungen erlaubt, aber mit Restriktionen		Personennahen Dienstleistungen ohne Restriktionen
Tourismus/ Gastronomie	Zweitwohnungen und Dauercamping zur eigenen Nutzung erlaubt Keine Sonderregelungen mehr für die ostfriesischen Inseln				
	Ansonsten keine Beherbergung zu touristischen Zwecken	Zulassung Beherbergung zu touristischen Zwecken in Ferienwohnungen/ -häuser, Campingplätze, auf Boote und Wohnmobilstellplätzen (mind. 7 Tage Wiederbelegungsfrist bzw. 50% Auslastung)		Ausweitung Übernachtungstourismus mit Restriktionen	Übernachtungstourismus ohne Restriktionen wieder zugelassen
		Öffnung von Hotels, Pensionen, Jugendherbergen etc. (max. 50% Auslastung, mind. 7 Tage Wiederbelegungsfrist und weiteren Restriktionen)			
Gastronomie mit Ausnahme Außer-Haus-Verkauf und Betriebskantinen geschlossen	Bars, Kneipen, Discotheken und ähnliches bleiben untersagt. Öffnung der Gastronomie (außen und innen), allerdings beschränkt auf Restaurants, Gaststätten, Cafés, Biergärten (max. 50%)				Weitere Öffnung der Gastronomie (außen und innen), allerdings beschränkt auf Restaurants, Gaststätten, Cafés, Biergärten
Bildung	Nur Notbetreuung in Kitas. Häusliche Kleingruppen zugelassen.	Sukzessive Ausweitung Notbetreuung in Kitas (Ziel 40%) Häusliche Kleingruppen weiter zugelassen. Die Kindertagespflege wird wieder in den regulären Betrieb übergehen.		Notbetreuung wird sukzessive in Regelbetrieb überführt (Ziel 50%)	Regelbetrieb Kita wird wieder aufgenommen (August)
	Präsenzunterricht in neuer Form für die Schuljahrgänge 13, 9/10, 4 sowie analog BBS. Ansonsten Home Learning.	Präsenzunterricht in neuer Form für die Schuljahrgänge 13, 12, 9/10, 4, 3. Analoge Regelung bei den BBS. Ansonsten Home Learning	Präsenzunterricht in neuer Form für die alle Schuljahrgänge. Analoge Regelung bei den BBS. Ansonsten Home Learning		
	Sommersemester Hochschule in digitaler Form				
	Erwachsenenbildung und sonstige Bildungseinrichtungen geschlossen. Ausnahme Prüfungen.	Erwachsenenbildung und sonstige Bildungseinrichtungen mit gleichen Voraussetzungen wie Präsenzbetrieb Schule			
Sport/ Freizeit/ Kultur	Outdoor-Sportanlagen für alle Sportarten mit dauerhafter Sicherstellung Abstandregelung (2m) geöffnet				Sportanlagen für alle Sportarten mit Restriktionen geöffnet
	Indoor-Sportanlagen geschlossen	Prüfung, ob Indoor-Sportanlagen (auch Fitnesscenter) für alle Sportarten mit dauerhafter Sicherstellung Abstandregelung geöffnet werden können		Indoor-Sportanlagen (auch Fitnesscenter) für alle Sportarten mit dauerhafter Sicherstellung Abstandregelung geöffnet	
	Autokinos, Tierparks, Museen, Freilichtmuseen geöffnet	Alle Outdoor-Freizeiteinrichtungen geöffnet			Öffnung aller Freizeiteinrichtungen mit Restriktionen
	Kinos, Freizeitparks, Seilbahnen und sonstige Angebote von Freizeitaktivitäten geschlossen	Indoor-Freizeiteinrichtungen bleiben geschlossen			
	Freibäder geschlossen	Freibäder mit Restriktionen geöffnet			
	Schwimmbäder geschlossen	Schwimmbäder mit Restriktionen geöffnet			
	Outdoor-Spielplätze geöffnet				
	Indoor-Spielplätze geschlossen				
Wellness/ Sauna geschlossen					Wellness/ Sauna geöffnet
Veranstaltungen	Demonstrationen unter Erlaubnisvorbehalt.			Demonstrationen wieder nach Versammlungsrecht	
	Versammlungen zum Gottesdienst erlaubt				
	Großveranstaltung >1.000 verboten				
	Schützenfeste & co verboten				
	Sonstige Öffentliche Veranstaltungen verboten.			Sukzessive Zulassung von öffentlichen Veranstaltungen <1.000	
Private Beschränkungen	Zwei-Personen-Regel		Neubewertung der Notwendigkeit der Maßnahme		
	Mund-Nasen-Bedeckung in ÖPNV/ Einkauf				

NBANK VERGIBT SOFORTHILFEN

Nachdem der Niedersächsische Landtag im März 4,4 Milliarden Euro im Kampf gegen das Coronavirus auf den Weg gebracht hat, können in Not geratene Unternehmen Soforthilfen zur Überbrückung der derzeitigen Krise über das Kundenportal der NBANK beantragen.

Oberste Priorität der SPD-Landtagsfraktion hat hierbei der Erhalt von Arbeitsplätzen und die Stabilisierung der unzähligen betroffenen Unternehmen. Vor diesem Hintergrund betont Johanne Modder, Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, die Notwendigkeit einer schnellen und unbürokratischen Hilfe: „Die Landesregierung muss alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um die Soforthilfen von Bund und Land schnellstmöglich miteinander zu harmonisieren und zur Auszahlung zu bringen. Alle Teile der Landesverwaltung sind daher aufgerufen, der NBANK die hierzu erforderliche Unterstützung zukommen zu lassen!“

Sowohl das „Corona-Soforthilfeprogramm“ (Zuschüsse an Unternehmen mit bis zu 5 Beschäftigten: 9.000 Euro, bis 10 Beschäftigte: 15.000 Euro, bis 30 Beschäftigte: 20.000 Euro und bis 49 Beschäftigte:

25.000 Euro), als auch das Kreditprogramm mit Liquiditätshilfen von bis zu 50.000 Euro für kleine und mittlere Unternehmen werden große Teile der niedersächsischen Wirtschaft in dieser ernsten Lage entlasten.

Stefan Klein, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, betont: „Die heute beschlossenen Hilfsmaßnahmen, zusammen mit den Hilfsprogrammen des Bundes, helfen nicht nur großen Unternehmen. Im Fokus stehen insbesondere auch Handwerker, kleine Händler, Gastronomen, Soloselbstständige, Künstler und Kulturschaffende. Wir müssen alles daran setzen, dass diese Gruppen die derzeitige Krise überstehen!“

„Die Menschen in Niedersachsen können darauf vertrauen, dass die SPD-geführte Landesregierung alles Notwendige unternehmen wird, diese schwere Wirtschaftskrise zu bewältigen. Mit vereinten Anstrengungen werden wir es schaffen, das Virus einzudämmen und die Schäden zu begrenzen!“, so die beiden SPD-Politiker abschließend.



Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion



Stefan Klein
Sprecher für Wirtschaft und Arbeit



SCHRITTWEISE LOCKERUNGEN DER CORONA-MASSNAHMEN

Die Corona-Pandemie hat das gesellschaftliche Miteinander in der Bundesrepublik in den vergangenen Wochen auf eine große Bewährungsprobe gestellt. Auch in den kommenden Monaten werde das Virus das Leben aller begleiten, betont der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels: „Das konsequente und frühzeitige Handeln der Bundesregierung und der Landesregierungen hat jedoch eine folgenschwere Überlastung des Gesundheitssystems verhindert. Die Einigung der Bundeskanzlerin mit den Bundesländern zeigt den Spagat aus optimalem Bevölkerungsschutz und den individuellen Freiheitsrechten aller Bürgerinnen und Bürger. Es erscheint richtig, dass es nun zu einer dosierten und verantwortungsvollen Rückkehr zur Normalsituation kommt – eine schrittweise Öffnung des öffentlichen Lebens ist dabei sinnvoller als ein gesellschaftlicher Kaltstart.“

Bei allen positiven Tendenzen könne man jedoch noch lange nicht von einem Sieg über das Virus sprechen, so der SPD-Politiker. Die Lage bleibe weiterhin ernst. Es sei ein richtiger Weg, schrittweise Lockerungen in einzelnen Teilbereichen vorzunehmen. „Jeder Schritt der Lockerung ist mit einer entsprechenden Schutz-, Vorsorge- und Hygienemaßnahmen verbunden. Weiterhin ist es äußerst wichtig, dass bestehende Distanz- und Kontaktbeschränkungen weiterhin aufrechterhalten werden“, erklärt Siebels. „Alle Maßnahmen, die weitere Infektionen reduzieren, führen auf lange Sicht zum Erfolg. In diesem Zusammenhang begrüßen

wir auch, dass nun beim Einkaufen und der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ein Mund-Nasen-Schutz getragen werden muss.“

Die Maxime allen Handelns müsse der Schutz menschlichen Lebens sein, betont Siebels: „Auch, wenn die bisherigen Maßnahmen und die daraus resultierende Entwicklung als Teilerfolg betrachtet werden können, so muss allen klar sein, dass die heute verkündeten Lockerungen äußerst fragil sind. Wenn die Infektionszahlen wieder deutlich zunehmen, darf eine erneute Maßnahmenverschärfung kein Tabu sein. Die jetzige Entwicklung darf unter keinen Umständen zu leichtsinnigem Handeln führen!“

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag dankt den Bürgerinnen und Bürgern für ihre bisherige Rücksicht und großflächige Einhaltung der bisher getroffenen Maßnahmen. „Alle können weiterhin ihren Beitrag dazu leisten, um das Coronavirus weiter zu bekämpfen und die Ausbreitung weiter zu verlangsamen. Jede weitere Maßnahme oder Einschränkung wird mit Augenmaß getroffen und ist notwendig, um der Pandemie zu begegnen und Menschenleben zu retten“ appelliert Wiard Siebels an die Gesellschaft.



Wiard Siebels
Parlamentarischer Geschäftsführer



MASKENPFLICHT IM ÖPNV UND EINZELHANDEL EINGEFÜHRT

Niedersachsen hat sich im engen Dialog mit den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz sowie dem Saarland darauf verständigt, ab dem 27. April 2020 eine verpflichtende Mund-Nasen-Bedeckung im ÖPNV und im Einzelhandel einzuführen. „Eine einfache Mund-Nasen-Bedeckung durch eine Maske, einen Schal oder auch ein Tuch kann dazu beitragen, mögliche Infektionen zu verhindern“, erklärt die Vorsitzende der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion, Johanne Modder.

Gerade sogenannte FFP-Masken sollten weiterhin dem medizinischen Sektor vorbehalten sein, betont die SPD-Politikerin: „FFP2- und FFP3-Masken sind filtrierende Halbmasken, die dem medizinischen Standard entsprechen und für die medizinische Behandlung von Infizierten dringend benötigt werden. Klar ist dabei auch, dass selbst diese Masken keine hundertprozentige Sicherheit gewährleisten und weiterhin eine Leckage zulassen können. Für den Alltagsgebrauch sind selbstgenähte Mundbedeckungen oder einfache OP-Masken völlig ausreichend. Sie können ein wichtiger Baustein sein, um weitere Infektionen zu reduzieren.“

Wie das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte bereits vor einem Monat mitteilte, könne auch ein einfacher Mundschutz einen Beitrag dazu leisten, das jeweilige Gegenüber vor der Übertragung infektiöser Tröpfchen zu schützen, so die Fraktionsvorsitzende der SPD. „Wir möchten an alle Bürgerinnen und Bürger appellieren, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus äußerst ernst zu nehmen!“

Modder betont zudem, dass sich das gesellschaftliche Erscheinungsbild verändern werde. In anderen Teilen der Welt, gerade in asiatischen Ländern, ist eine Schutzmaske schon seit Jahren Teil des Straßenbildes. „Es bleibt jedoch weiterhin unproblematisch, beispielsweise bei Spaziergängen auf eine Maske zu verzichten. Die niedersächsische Masken-Regelung bezieht sich ausschließlich auf das Einkaufen im Einzelhandel sowie die Nutzung des ÖPNV“, hebt die SPD-Politikerin hervor.

„Ärgerlich bleibt, dass die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten erst vor einer Woche im Dialog mit der Bundesregierung eine einstimmige Regelung beziehungsweise Empfehlung vorgesehen haben. Mit der Regelung Niedersachsens sowie der Länder Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland wird der Flickenteppich geschlossen, der durch das Wettbieten der anderen Bundesländer entstanden ist. Für zukünftige Maßnahmen im Kontext der Corona-Pandemie wäre es hilfreich, wenn sich bindend an Beschlüsse gehalten wird und diese nicht in einem Überbietungswettbewerb über den Haufen geworfen werden“, betont Modder.



Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion



ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDFUNK WICHTIG IN CORONA-KRISE

Das Coronavirus dominiert weiterhin die mediale Berichterstattung der Bundesrepublik. Zahlreiche Medien, ob Film, Funk oder Fernsehen, liefern aktuelle Sachstände und berichten über die neuesten Entwicklungen der Pandemie. Der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Alexander Saipa, betont dabei die Wichtigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: „Rekordeinschaltquoten bei der Tagesschau, den Talkshows und Sondersendungen zeigen, dass unser öffentlich-rechtlicher Rundfunk ein wichtiger Leuchtturm während der Pandemie für die Bürgerinnen und Bürgern bei der Informationsbeschaffung ist!“

Es sei von zentraler Bedeutung in Krisenzeiten, eine verlässliche und seriöse Berichterstattung zu haben, welche die mediale und kulturelle Vielfalt ergänzt und parallel zu den privaten Medienangeboten existiert. Saipa erklärt: „Gerade in Zeiten von Fake News und absolut hanebüchenen Desinformationen, die während der derzeitigen Epidemie Hochkonjunktur erleben, sind die öffentlich-rechtlichen Programme häufig als absolut zuverlässiger Faktenchecker zu sehen!“

Die Sender der Öffentlich-Rechtlichen hätten zudem in Zeiten der Coronakrise flexibel reagiert und beispielsweise ihr Angebot und Sendeprogramm angepasst, um dynamisch auf den Schulausfall aufgrund des Virus zu reagieren, hebt Saipa hervor. Hierbei habe

man nicht nur klassische TV-Abläufe schülergerecht angepasst, sondern Sonderformate für soziale Netzwerke ergänzt und das Multimedia-Angebot im Netz erweitert, um sowohl Schülerinnen und Schülern trotz des Schulausfalls Wissen zu vermitteln und zeitgleich Eltern zu entlasten.

„Diskussionen über die Rolle und Ausrichtung der öffentlich-rechtlichen Medien griffen schon vor der Pandemie zu kurz, wenn diese nur auf Tatort-Produktionen und Fußballübertragungen basierten. Die Coronakrise zeigt deutlich, dass eine neutrale, sachbezogene und faktenbasierte Berichterstattung für unsere Demokratie unerlässlich ist“, betont der SPD-Politiker und ergänzt: „Sicherlich gibt es berechtigte Kritik an einigen Stellschrauben, aber gerade nach der Coronakrise darf es keine Debatte über einen grundsätzlichen Sinn oder Unsinn des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks mehr geben. Dieser ist und bleibt eine wichtige Säule unserer Gesellschaft!“



Dr. Alexander Saipa
Sprecher für Medienpolitik

WIRTSCHAFTLICHE ABSICHERUNG AUCH FÜR KULTURSCHAFFENDE



Nicht nur die unmittelbaren gesundheitlichen Folgen des Coronavirus sind in Niedersachsen spürbar – auch immer mehr Unternehmen, Freiberuflerinnen und Freiberufler sowie Soloselbstständige geraten durch ausbleibende Aufträge, die notwendigen Einschränkungen des öffentlichen Lebens und Veranstaltungsabsagen unter finanziellen Druck. Die SPD-Landtagsfraktion sieht dabei insbesondere auch die Kultur- und Kreativwirtschaft schweren Zeiten ausgesetzt.

„Kunst und Kultur sind tragende Säulen unserer Gesellschaft. Durch Absagen von Veranstaltungen und Schließungen von kulturellen Einrichtungen aufgrund des Coronavirus geraten immer mehr Kulturschaffende in finanzielle Schieflage“, erklärt die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Hanna Naber. „Wir werden die Kunst- und Kulturszene nicht im Stich lassen und ihr in diesen schweren Zeiten unter die Arme greifen!“

Die SPD-Politikerin verweist auf das Förderprogramm der NBank, das grundsätzlich auch Künstlerinnen und Künstlern offen stünde. Ein weiteres Instrument, um kleinen Unternehmern, Freiberuflern und Soloselbstständigen – auch aus der Kunst- und Kulturszene – in wirtschaftlich prekären Zeiten Hilfestellung zu leisten, ist die vereinfachte Beantragung von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II. „Um eine existenzbedrohende Situation abzuwenden, wurde unter anderem der Zugang zum Arbeitslosengeld II leichter gestaltet. Zudem werden Aufwendungen für Unterkunft und Heizung für die Dauer von sechs Monaten ab Antragstellung in tatsächlicher Höhe anerkannt. Durch die Regelung auf Bundesebene wurde sichergestellt, dass niemand aus finanziellen Gründen seine eigene Wohnung aufgeben muss.“

Die Dauer der Einschränkungen des öffentlichen Lebens und damit verbunden auch des Kulturbetriebs ist zum derzeit nicht absehbar, so Naber: „Wir müs-

sen die existenzbedrohende Lage durch das Virus für tausende Künstlerinnen und Künstler in unserem Bundesland abwenden und stehen den Betroffenen mit Hilfsmaßnahmen auf Landes- und Bundesebene zur Seite. Unser gemeinsames Ziel ist es natürlich, so schnell wie möglich zu einem normalen Alltag zurückzukehren und den Kulturbetrieb vollständig wieder aufnehmen zu können!“

Der Bund habe das Instrument Arbeitslosengeld II bewusst gewählt, da dieses schnell und unbürokratisch genutzt werden kann, um den Bedürfnissen von Freiberuflerinnen, Freiberuflern und Soloselbstständigen schnellstmöglich gerecht zu werden. Zudem müssen keine neuen Verwaltungsabläufe oder Antragsformulare erstellt werden, so dass die Gelder schnell fließen können. Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass zusätzliche Förderprogramme und Hilfspakete für Künstlerinnen und Künstlern geöffnet werden. Finanzielle Rettungsschirme dürften keine Berufsgruppen benachteiligen, so die Kulturpolitikerin der SPD-Fraktion.

Abschließend erklärt Naber: „Die SPD-Fraktion steht solidarisch an der Seite aller Kunst- und Kulturschaffenden in unserem Bundesland. Eine vorübergehende Einschränkung des Kulturbetriebs ist notwendig, doch das kulturelle Leben wird nach Corona weitergehen. Kultur ist ein Kitt unserer Gesellschaft, der durch die notwendige soziale Distanzierung ins Bröckeln gerät. Die Möglichkeiten der Digitalisierung zeigen jedoch auf eindrucksvolle Weise, dass kulturelle Kreativität auch in Krisenzeiten weiterleben kann!“



Hanna Naber
Sprecherin für Kulturpolitik

RETTUNGSFONDS FÜR TOURISMUSWIRTSCHAFT NOTWENDIG

Niedersachsen ist ein begehrtes Reiseland und beliebtes Ziel von Touristinnen und Touristen. Im letzten Jahr wurden erstmals mehr als 46 Millionen Übernachtungen und über 15,4 Millionen Gäste aus dem In- und Ausland gezählt. Damit rangiert Niedersachsen bundesweit auf dem vierten Platz.

Die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus hat unmittelbare, einschneidende und existenzbedrohende Auswirkungen auf die Tourismuswirtschaft in Niedersachsen. „Viele kleine und mittelständische Reiseunternehmer sowie Betriebe der Hotellerie und Gastronomie stehen mit dem Rücken zur Wand“, erklärt Sabine Tippelt, tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.

Die weltweite, pandemiebedingte Reisewarnung führe dazu, dass nahezu alle Reisen und Übernachtungen storniert wurden und Neubuchungen aus Unsicherheit über die weitere Ausbreitung der Pandemie seit Wochen nicht mehr getätigt wurden. Erst kürzlich hat die EU-Kommissionschefin von der Leyen davon abgeraten, frühzeitig den Sommerurlaub zu buchen, da verlässliche Vorhersagen zur Corona-Entwicklung derzeit nicht zu treffen seien.

Reiseanbieter sind gesetzlich verpflichtet, den Verbraucherinnen und Verbrauchern ihre bereits getätigten Zahlungen innerhalb von 14 Tagen zurückzuerstatten. Gleichzeitig werden die zur Kompensation dringend benötigten Rückforderungen von Hotels oder Reisedienstleistern nicht erfüllt, sodass das größte Risiko bei den Reiseanbietern liegen bleibt. Durch den massiven Liquiditätsausfall geraten die Reiseunternehmen in einen Strudel, aus dem sie sich weder mit Zuschüssen des Landes noch durch Kredite oder Bürgschaften befreien können. Laut Aussage des Bundesverbandes Allianz selbständiger Reiseunternehmen (ASR) droht rund 75 Prozent der Unternehmen bis Ende April der schmerzhafteste Weg in die Insolvenz.

„Gerade in Deutschland gehört die Tourismusbranche zu den ökonomischen Schwergewichten und mit rund

drei Millionen Arbeitsplätzen zu den größten Arbeitgebern im Land“, so die SPD-Politikerin Sabine Tippelt. Daher fordert sie, dass das komplexe Kartenhaus aus Reiseveranstaltern, Leistungserbringern, Hotels, Online-Anbietern oder auch digitalen Infrastrukturdienstleistern in der aktuellen Krise nicht zusammenbrechen darf. Wichtig sei zudem, „dass auch nicht-gewerbliche Vermieter von Unterkünften, die durch Corona in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sind, Zugang zu Liquiditätshilfen erhalten können“, so Tippelt weiter.

Die SPD-Landtagsfraktion appelliert an den niedersächsischen Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann, sich zur Rettung der gesamten Tourismusbranche für einen gesonderten Rettungsschirm auf Bundesebene einzusetzen. Hierüber muss es Reiseunternehmen und Dienstleistern ermöglicht werden, Rückzahlungen an ihre Kunden auszulagern und gleichzeitig Forderungen gegenüber Leistungsträgern abzutreten.

Die Vorteile eines Rettungsfonds fasst Sabine Tippelt in drei Punkten zusammen: „Einerseits kann ein Rettungsfonds die vielen Arbeitsplätze innerhalb der Reisewirtschaft schützen und die dringend benötigte Tourismusinfrastruktur in Niedersachsen und Deutschland erhalten. Zudem bedeutet die Rettung von Reiseunternehmen auch oftmals die Rettung von angegliederten Busunternehmen. Würden diese vom Markt verschwinden, könnten vielerorts die Schülerverkehre und die lokale Infrastruktur nicht mehr gewährleistet werden. Weiterhin: Nach der hoffentlich bald überstandenen Corona-Krise sehnen sich viele Menschen nach einer Urlaubsreise – ohne Infrastruktur wird dies schlichtweg nicht mehr möglich sein!“



Sabine Tippelt
Sprecherin für Tourismuspolitik



LEBEN RETTEN, WIRTSCHAFT HELFFEN, KOMMUNEN UNTERSTÜTZEN

Die Corona-Pandemie ist eine der schwersten Krisen der deutschen Nachkriegsgeschichte. „Bei allem Handeln, um das Coronavirus zu bekämpfen, ist die oberste Maxime der Schutz menschlichen Lebens“, machen die SPD-Abgeordneten Dr. med. Thela Wernstedt und Bernd Lynack deutlich. Es könne nicht verhindert werden, dass sich weitere Menschen anstecken und das Virus weiter grassiert. Dennoch würden alle getroffenen Maßnahmen und Einschränkungen des öffentlichen Lebens das Ziel verfolgen, die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen und eine schlagartige Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern, betonen die beiden SPD-Politiker.

„Politisch ist aus unserer Sicht zu fragen und zu beantworten, welche zeitlichen und sachlichen Etappenziele bei einem allgemein akzeptierten Risikolevel formuliert und umgesetzt werden können, um weitere Öffnungsperspektiven verantwortlich schaffen“, erklärt die stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin, Dr. med. Thela Wernstedt. Jede Maßnahme werde mit Augenmaß im Spagat aus vertretbaren Einschränkungen und höchstmöglichem Gesundheitsschutz getroffen. „Die Begründung der kontaktbeschränkenden Maßnahmen mit ihren tiefen Einschnitten in unser wirtschaftliches, kulturelles und soziales Leben braucht überaus komplexe Güterabwägungen unter Bedingungen von Unsicherheit.“

Getroffene Lockerungen würden akribisch geprüft und im Hinblick auf Neuerkrankungen stets evaluiert werden. Im Falle von positiven Entwicklungen könnten weitere Schritte erfolgen. Falls sich die Fallzahlen jedoch negativ entwickeln, dürfe auch eine erneute Verschärfung von Maßnahmen kein Tabu sein, so Lynack und Wernstedt.

„Die wirtschaftlichen Folgen sind nicht nur für Unternehmen fatal, sondern auch die kommunalen Kassen sehen sich folgeschweren Konsequenzen ausgesetzt. Ob ÖPVN, Schwimmbäder oder Theater – allesamt haben mit massiven Einnahmeausfällen zu kämpfen. Nicht zuletzt die zu erwartenden gewaltigen Einbrüchen bei der Gewerbesteuer stellen die Kommunen vor gewaltige Herausforderungen“, erklärt der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Bernd Lynack.

Man werde die Kommunen in Niedersachsen in der Bewältigung der finanziellen Folgen des Coronavirus nicht im Regen stehen lassen, macht der SPD-Politiker unmissverständlich deutlich: „Als Land Niedersachsen werden wir hier unseren Teil beitragen, gerade auch, was die finanziellen Belastungen für die Kommunen angeht! Es braucht jedoch keine pauschalen Gießkannenmodelle, um den Kommunen unter die Arme zu greifen, sondern maßgenaue Hilfestellungen, welche wir im engen Dialog mit den Kommunen und den Spitzenverbänden erarbeiten werden. Politische Schnellschüsse können wir uns in dieser Krise nicht erlauben!“

Bereits in der Vergangenheit habe man bei der Bewältigung der Flüchtlingsbewegung oder dem Südniedersachsenprogramm fest an der Seite der Kommunen gestanden, so Lynack weiter: „Wir werden die Kommunen und auch die vielfältig betroffenen Menschen, die von den Kommunen abhängig sind, nicht allein lassen. Die Krise trifft uns alle – deshalb können wir sie auch nur gemeinsam besiegen.“



Dr. Thela Wernstedt
Stellv. gesundheitspolitische Sprecherin



Bernd Lynack
Sprecher für Kommunalpolitik



BERGEN-BELSEN ALS HISTORISCHES MAHNMAL

Anlässlich des 75. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen mahnt die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Johanne Modder, aufkeimendem antisemitischen Gedankengut mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten: „Die 50.000 Todesopfer im KZ Bergen-Belsen und die unbeschreiblich schrecklichen Gräueltaten des NS-Regimes dürfen niemals in Vergessenheit geraten. Es ist von außerordentlicher Bedeutung, dass die Erinnerungskultur an die Verbrechen des Nationalsozialismus niemals in den Hintergrund gerät. Doch aus den Erinnerungen muss auch ein Handeln in der Gegenwart sowie eine Verantwortung für die Zukunft erwachsen!“

Es sei kaum zu ertragen, wenn jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger auch ein Dreivierteljahrhundert nach der Shoa Anfeindungen,

Hass und Gewalt erleben, so die SPD-Politikerin weiter: „Antisemitismus ist keine Erscheinungsform des vergangenen Jahrhunderts. Die jüdischen Gemeinden sind ein wichtiger Bestandteil unserer Kultur und unserer Gesellschaft. In aller Entschlossenheit kann ich für meine Fraktion sagen, dass jeder Angriff auf jüdisches Leben ein Angriff auf uns alle, auf unsere Demokratie ist. Jeder antisemitischen Tendenz muss schon im Anfang ein Ende bereitet werden!“

Die SPD-Landtagsfraktion gedenkt an diesem Jahrestag allen Familien, Frauen, Männern und Kindern, die im Konzentrationslager Bergen-Belsen inhaftiert, misshandelt und

zu Tode gekommen sind. Niemals wieder dürften sich solche Verbrechen wiederholen, so Modder: „Es ist unsere kollektive Verantwortung, Hass, Intoleranz und jeder Form von Menschenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft entschieden entgegenzutreten. Rassismus und Antisemitismus dürfen auf keinen Resonanzboden in unserer Demokratie fallen!“

Expliziter Dank gilt den Kulturschaffenden sowie den Beschäftigten in den niedersächsischen Gedenkstätten, die täglich mit ihrer Arbeit die Erinnerungskultur fördern und eine Schlüsselrolle in der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur spielen.



Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion



ZENTRALREGISTER FÜR GESUNDHEITSBERUFE

Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Uwe Schwarz, hält die Schaffung eines Zentralregisters für Gesundheitsberufe zumindest auf Länderebene als Folge der Corona-Krise für notwendig. „Es wird in der derzeitigen Krise sehr deutlich, dass wir für solche Ereignisse wissen sollten, wo und wie viele Fachkräfte in den jeweiligen Gesundheitsfachberufen arbeiten und wie viele gegebenenfalls als ‚Reserve‘ zur Verfügung stehen könnten, aber gegenwärtig nicht in ihrem Beruf tätig sind. Aktuell liegen diese Erkenntnisse überhaupt nur bei verkammerten Gesundheitsberufen mit Pflichtmitgliedschaft in deren Kammern vor, z. B. bei der Ärztekammer, der Psychotherapeutenkammer oder der Pflegekammer. Das sollten wir ändern, um bei überregionalen Katastrophen schneller planen zu können“, so Uwe Schwarz.

„In der aktuellen Lage habe ich in diesem Zusammenhang übrigens viel Verständnis für die Verschiebung der Befragung aller Pflegekräfte hinsichtlich der

niedersächsischen Pflegekammer. Derzeit gibt es wahrlich auch in der Pflege andere Themen als die Evaluation der Kammer. Dass wir eine Befragung machen wollen, hatten SPD und CDU schon in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, und da kommt es in dieser Situation nicht auf zwei oder drei Monate an. Mit großem Interesse habe ich aktuell zur Kenntnis genommen, dass die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg am vergangenen Dienstag einen Gesetzentwurf verabschiedet hat, nach dem bis Oktober 2021 eine Pflegekammer ihre Arbeit aufnehmen soll. Laut Begründung will Baden-Württemberg die Attraktivität des Berufsstandes und damit die Zahl der dringend benötigten Pflegekräfte erhöhen. Gerade in der jetzigen Situation sind wir alle sehr dankbar, wie wertvoll die Arbeit engagierter Pflegekräfte ist. Ich hoffe, dass sich diese Wertschätzung auch nach Corona verfestigen wird“, stellt Uwe Schwarz fest.



Uwe Schwarz
Sozialpolitischer Sprecher



SPD-LANDTAGSFRAKTION VERZICHTET AUF DIÄTENERHÖHUNG

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag setzt sich aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklungen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie für einen Verzicht auf die Anpassung der Abgeordnetendiäten ein. Dazu erklärt die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder: „Das Coronavirus stellt unsere Gesellschaft und unser Land vor eine der größten Herausforderungen der Nachkriegsgeschichte. Dabei hat die derzeitige Entwicklung der Pandemie nicht nur schlimme gesundheitliche Folgen, sondern zeigt auch drastische soziale und wirtschaftliche Konsequenzen. In diesem Jahr auf eine Erhöhung der Diäten zu verzichten, ist unserer Auffassung nach folgerichtig!“

Im konstruktiven Dialog mit den anderen Fraktionen wolle man sich auf den Verzicht der Diätenanpassung verständigen, so Modder. Erste Gespräche hierzu haben bereits stattgefunden.

GRANT HENDRIK TONNE RÜCKT IN DEN LANDTAG NACH

Mit Beginn der Sonderplenarsitzung des Landesparlaments rückt Grant Hendrik Tonne als neues Mitglied in die SPD-Landtagsfraktion nach und zieht als Abgeordneter in den Niedersächsischen Landtag ein. Der Jurist folgt damit auf Dirk Adomat, der nach seiner Wahl das Amt des Landrats im Landkreis Hameln-Pyrmont übernommen hat.

Grant Hendrik Tonne war bereits in der 16. und 17. Legislaturperiode Mitglied des Niedersächsischen Landtags. Zuletzt war Tonne von 2013 bis 2017 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion. Seit der Landtagswahl im Jahr 2017 bekleidet er das Amt des Kultusministers in Niedersachsen.

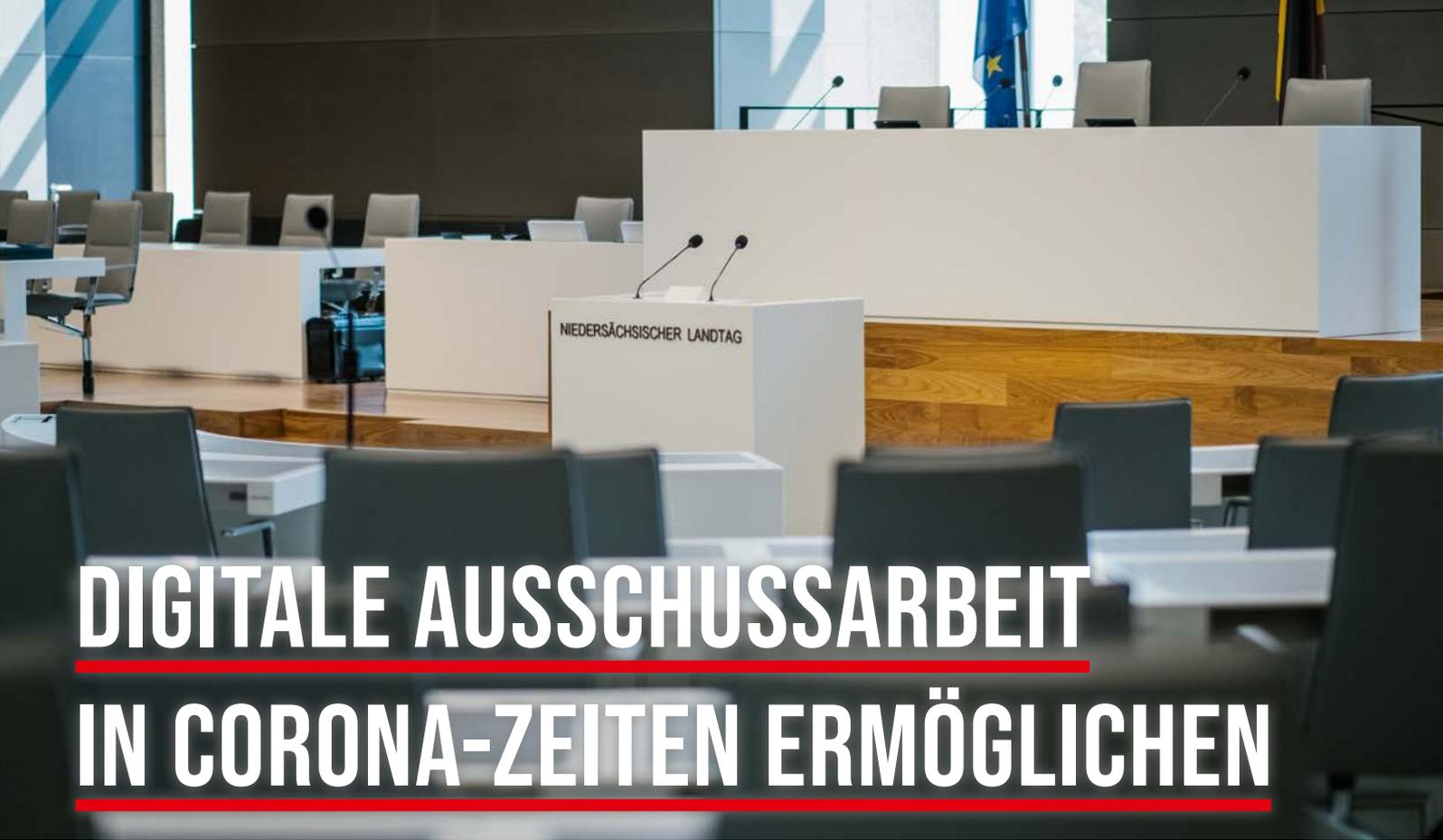
Der SPD-Politiker lebt mit seiner Familie in Leese im Wahlkreis Nienburg/Schaumburg. Mitglied der SPD ist er seit 1996. Tonne gehört seit 1996 dem Gemeinderat von Leese und seit 2001 auch dem Kreistag des Landkreises Nienburg an.



Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion



Grant Hendrik Tonne
Neues Fraktionsmitglied



DIGITALE AUSSCHUSSARBEIT IN CORONA-ZEITEN ERMÖGLICHEN

Nicht nur das öffentliche Leben habe durch die Corona-Pandemie erhebliche Einschränkungen erfahren. Auch die Arbeit des Niedersächsischen Landtages sei von den Konsequenzen des Virus betroffen, schildert der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels: „Das Parlament kommt auch in der Krise seinen Aufgaben nach – das Plenum tagt, und auch die Fachausschüsse arbeiten weiter. Um der Gefahr von Ansteckungen zu begegnen und die Arbeitsfähigkeit auch in Krisenzeiten sicherzustellen, haben wir mit großer Mehrheit und gemeinsam mit den vier demokratischen Fraktionen im Rahmen der heutigen Plenarsitzung eine Änderung der Geschäftsordnung auf den Weg gebracht.“

Während die vergangenen Plenarsitzungen unter strenger Einhaltung von Abstand- und Hygieneregeln stattgefunden haben, wurden die Ausschussarbeit und die Arbeitskreise der Fraktionen im Hinblick auf eine mögliche Gesundheitsgefährdung auf ein Minimum heruntergefahren. „Die Ausschüsse üben eine wichtige Beratungs- und Debattenfunktion des Parlamentes aus. Es ist zwingend erforderlich, diese Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten und gleichzeitig alle Teilnehmer bestmöglich vor gesundheitlichen Risiken zu schützen“, so Siebels weiter. „Es ist für niemanden absehbar, wie lange uns die Einschränkungen und Risiken des Coronavirus begleiten werden. Durch die Möglichkeit, öffentliche Ausschüsse und Kommissionen mit Hilfe von technischen Kommunikationsmitteln abzuhalten, reagieren wir flexibel auf die Umstände durch das Virus und schaffen es durch den Einsatz moderner

Kommunikationstechnologien, Ausschusssitzungen aus der Distanz durchzuführen.“

Die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu erhalten, sei zwingend erforderlich – aus einer Gesundheitskrise dürfe und werde keine Parlamentskrise erwachsen, so Siebels. „Durch die Änderung der Geschäftsordnung tragen wir diesem Ansinnen Rechnung und zeigen, dass der Landtag auch während der Corona-Pandemie krisenfest seiner Arbeit nachgehen und wichtige Entscheidungen treffen kann. Im Nachgang der Krise müssen wir sorgfältig evaluieren, welche der Änderungen und Neuerungen sich in Bezug auf die Änderung der Geschäftsordnung auch in Zukunft als hilfreich erweisen können. Klar bleibt jedoch auch, dass die persönliche Diskussion und der Austausch von Argumenten – von Angesicht zu Angesicht – nicht vollständig zu ersetzen ist.“

Die Änderung des §97 der Geschäftsordnung gilt zunächst bis zum 30. September 2020 und kann vorzeitig durch die Stimmen von einem Viertel der Landtagsmitglieder aufgehoben werden. Diese Regelung orientiert sich zeitlich analog an denen des Deutschen Bundestages.



Wiard Siebels
Parlamentarischer Geschäftsführer



GEFLÜCHTETE KINDER AUS GRIECHENLAND AUFGENOMMEN

Die Landesregierung und allen voran Innenminister Boris Pistorius haben sich seit Monaten dafür eingesetzt, unbegleitete Minderjährige aus den Flüchtlingslagern der griechischen Inseln aufzunehmen. Dazu erklärt der migrationspolitische Sprecher und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Christos Pantazis: „Endlich findet das lange Tauziehen ein Ende! Mit einer Entscheidung des Bundeskabinetts konnten die ersten Kinder und Jugendlichen bereits vor wenigen Tagen die elenden Zustände der griechischen Flüchtlingslager hinter sich lassen und Schutz in Niedersachsen finden. Daher ist es ein Signal der Hoffnung und der Humanität, dass Deutschland 350 minderjährige Flüchtlinge aufnehmen wird – es ist der Initiative unseres Innenministers zu verdanken, dass kurz nach Ostern die ersten 50 Jugendliche nach Niedersachsen gekommen sind.“

Laut UNHCR leben derzeit über 1.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Lager Moria, von denen 125 unter 14 Jahre alt sind. Vor diesem Hintergrund betont der Mediziner Dr. Christos Pantazis: „Die wichtige Entscheidung zur Aufnahme der jungen Hilfesuchenden kommt besser spät als nie. Es ist unvorstellbar, was ein Ausbruch der Corona-Pandemie für katastrophale Folgen hätte. Das Leben tausender Menschen, die derzeit ohnehin unter dramatischen Lebensverhältnis-

sen existieren, wäre massiv bedroht. Sowohl die medizinischen als auch die hygienischen Bedingungen in den Lagern der griechischen Inseln sind desaströs. Vor dem Kontext des Coronavirus braucht es ein noch entschiedeneres Handeln aller europäischen Länder. So schlimm die Pandemie im eigenen Land ist, darf die Hilfsbereitschaft an der Außengrenze der EU nicht abebben.“

Das bislang nur wenige Mitglieder der Europäischen Union Zusicherung zu weiteren Aufnahmen von Flüchtlingen getroffen haben, sei ein erschreckendes Negativzeichen der Solidarität, so Pantazis weiter: „Dass es eine Koalition der Willigen braucht, um notleidenden Menschen ein Dach über dem Kopf zu gewähren, ist dramatisch. Europa hat die humanitäre Verantwortung, denjenigen, die vor Krieg fliehen und besonders schutzbedürftig sind, eine sichere Zuflucht zu gewähren. Es darf sich kein Mitgliedsstaat dieser Verantwortung verwehren!“



Dr. Christos Pantazis
Europapolitischer Sprecher



NATUR VOR BRÄNDEN SCHÜTZEN

Wenngleich das fast schon sommerliche Wetter der letzten Wochen für viele Bürgerinnen und Bürger als Lichtblicke während der aktuellen Corona-Pandemie erschien, so stellen diese für die niedersächsischen Wälder eine erhebliche Gefahr dar, mahnt der SPD-Politiker Rüdiger Kauröff: „Wir erleben durch die erhöhte Anzahl an Sonnentagen, die gestiegenen Temperaturen und das Ausbleiben von Niederschlägen eine große Trockenheit in unseren Wäldern. Sollten die Wetterbedingungen keine Kehrtwende hinlegen, wird sich die Waldbrandgefahr weiter erhöhen. In einigen Regionen unseres Bundeslandes gilt bereits die zweithöchste Warnstufe 4.“

Kauröff, Sprecher für Feuer- und Katastrophenschutz der SPD-Landtagsfraktion, warnt davor, dass das dritte Dürrejahr in Folge zu erheblichen Schäden für Wald und Natur führen könne: „Wir haben bereits in den vergangenen Jahren gesehen, dass die veränderten Klimabedingungen zu katastrophalen Folgen führen können. Exemplarisch sind hier nur der Moorbrand bei Meppen oder auch der Waldbrand bei Lübtheen in Mecklenburg-Vorpommern zu nennen.“

„Jede und jeder kann jedoch einen Beitrag dazu leisten, um einem Ausbruch präventiv entgegenzuwirken.“

Auch in diesem Jahr gilt, dass Feuer in freier Natur zu unterbinden und beispielsweise Zigarettenreste nicht wahllos in der Natur zu entsorgen sind. Auch wenn durch das Coronavirus Osterfeuer ausgefallen sind, ist dies noch lange keine Berechtigung für das Abbrennen von Schnittgut – dies ist nicht nur illegal, sondern hochgradig fahrlässig!“, so der SPD-Landtagsabgeordnete Kauröff. Er zeigt sich jedoch optimistisch: „Niedersachsens Feuerwehren und Katastrophenschutzorganisationen sind gut aufgestellt. Die SPD-geführte Landesregierung hat ihre Ausstattung konstant verbessert, modernisiert und gemeinsam mit dem Bund neue Fahrzeuge bereitgestellt. Wir werden auch zukünftig alles daransetzen, dass Vegetationsbrände eingedämmt und gelöscht werden können!“



Rüdiger Kauröff
Sprecher für Feuerwehren



GEWALT GEGEN AMTSTRÄGER VERHINDERN

Das Niedersächsische Justizministerium zählt im Zeitraum vom 1. September 2019 bis zum 27. März 2020 insgesamt 684 eingeleitete Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft und Polizei in Verbindung mit Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger sowie Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.

Auch wenn die Bekämpfung des Coronavirus momentan oberste Priorität in der Politiklandschaft genießt, dürfe die Bekämpfung von Hass, Hetze und Gewalt keineswegs in den Hintergrund geraten, betont der justizpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Ulf Prange: „Noch zu Jahresanfang haben sich die schrecklichen Meldungen von Übergriffen und Bedrohungen kommunaler Mandatsträger und ehrenamtlich Aktiver in der Berichterstattung überschlagen. Die Zahlen der Justiz zeigen auf schreckliche Weise statistisch, dass dies keine Einzelfälle sind, sondern wir es mit einer äußerst ernstzunehmenden Entwicklung zu tun haben.“

Prange weiter: „Wir als SPD-Fraktion werden uns weiterhin dafür stark machen, dass Bedrohungen, Einschüchterungsversuche und gewalttätige Übergriffe gegen Kommunalpolitiker, aber auch gegen Rettungskräfte, Ehrenamtliche und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, keine Kavaliere- und Bagatelldelikte sind. Wer meint, durch Hass, Hetze und Gewalt die demokratischen Grundpfeiler unserer Gesellschaft zu unterlaufen und ins Wanken bringen zu müssen, der muss mit der vollen Entschlossenheit des Rechtsstaates rechnen. Schreckliche Taten wie die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke dürfen sich nicht wiederholen und müssen Mahnung sein, jeder antidemokratischen Erscheinungsform entschieden entgegenzutreten!“



Ulf Prange
Sprecher für Rechts- und
Verfassungsfragen



HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN DER BRANDSCHUTZKOMMISSION UMSETZEN

Der Vergleich mit anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland in Hinblick auf den niedersächsischen Brand- und Katastrophenschutz könne sich sehen lassen, erklärt der feuerwehrpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rüdiger Kauröff: „Maßgeblich für die Bewältigung der täglichen Herausforderungen, mit denen sich die Feuerwehren in Niedersachsen konfrontiert sehen, ist das Ehrenamt. Die Freiwilligen Feuerwehren sind gerade in ländlichen Regionen zentrale Stütze der öffentlichen Sicherheit.“

„Niedersachsen ist Trendbrecher! Während in anderen Bundesländern die Zahl der freiwilligen Einsatzkräfte sinkt, konnten wir zuletzt eine Kehrtwende beobachten. Dies zeigt, dass wir die richtige Strategie verfolgen“, so der SPD-Politiker Kauröff. „Um eine langfristige Trendwende attestieren zu können, ist es jedoch noch zu früh. Wir müssen unsere Feuerwehren zukunftssicher aufstellen und ausrüsten, um den wachsenden Herausforderungen bei Extremwetterereignissen, Vegetationsbränden und anderen Gefahrenszenarien gerecht zu werden. Gleichzeitig befindet sich die Feuerwehr auch in einem Digitalisierungsprozess, und die Arbeitswelt der ehrenamtlich Engagierten verdichtet sich ebenfalls weiter.“

Um diesen Anforderungen entgegenzutreten und auf veränderte Bedingungen reagieren zu können, hat die zu Beginn der Legislaturperiode eingesetzte Strukturkommission unter dem Vorsitz des Innenministeriums zahlreiche Handlungsempfehlungen erarbeitet und

Probleme analysiert. Der Maßnahmenkatalog enthält kurz- bis langfristige Empfehlungen, um die Feuerwehren Niedersachsens auch in den kommenden zehn bis 20 Jahren zukunftsfähig zu gestalten.

„Unsere Feuerwehrleute, ob im Ehren- oder Hauptamt, leisten das gesamte Jahr über unglaublich wertvolle Arbeit und gehen nicht nur sinnbildlich für uns Niedersachsen durchs Feuer. Um ihnen Wertschätzung entgegen zu bringen, haben wir unseren Entschließungsantrag eingebracht und hoffen auf eine rasche Umsetzung der geforderten Maßnahmen!“, betont Kauröff. Für die SPD-Fraktion steht fest: Zur Bewältigung neuartiger und zunehmender Schadenslagen sowie von Katastrophenfällen werden schlagkräftige Kapazitäten und spezielle Fähigkeiten der Feuerwehren in Niedersachsen erforderlich. Der angestoßene Prozess muss daher erfolgreich fortgeführt werden.

Der Antrag der Regierungsfractionen, der heute im Ausschuss für Inneres und Sport beraten worden ist, zielt auf die Umsetzung der Ergebnisse der Strukturkommission ab und forciert eine Stärkung der ehrenamtlichen Strukturen sowie der Gewährleistung eines weiterhin qualitativ hochwertigen Brandschutzes in Niedersachsen.



Rüdiger Kauröff
Sprecher für Feuerwehren



©Adobe Stock_scharfsinn86

NAZI-KENNZEICHEN VERBIETEN

Trotz der Allgegenwärtigkeit der Corona-Pandemie bleibt die Bekämpfung des Rechtsextremismus weiterhin eines der drängendsten Probleme im Jahr 2020. Die Regierungsfractionen haben daher einen Entschließungsantrag mit dem Inhalt vorgelegt, das Verbot sogenannter Nazi-Kennzeichen auszuweiten.

„Immer wieder begegnen uns im Straßenverkehr Kennzeichen, die häufig einen Bezug zum Nationalsozialismus aufweisen“, erklärt die Innenpolitikerin der SPD-Landtagsfraktion, Dunja Kreiser. „Bislang sind bundesweit die Buchstabenkombinationen KZ, HJ, NS, SA und SS wegen ihres eindeutigen Bezuges zum Nationalsozialismus verboten. Um den Spielraum von rechtsradikalen Akronymen und NS-Propaganda auf Kennzeichen möglichst gering zu halten, plädieren wir für eine Verschärfung dessen, was an Buchstaben- und Zahlenkombinationen erlaubt ist. Auf unseren Straßen ist kein Platz für NS-Propaganda!“

Kreiser weiter: „Buchstaben- und Zahlenfolgen ‚HH 88‘, ‚AH 18‘ oder ‚HH 1933‘ sind kein Zufall, sondern häufig gezielte Provokation von Rechtsaußen, oder als eine Art Glorifikation des NS-Regimes anzusehen.“

Der im Rahmen der heutigen Sitzung des Ausschusses für Inneres und Sport eingebrachte Antrag der Regierungsfractionen zielt darauf ab, zukünftig über die bereits verbotenen Buchstabenkombinationen hinaus keine Kennzeichen mehr auszuhändigen, die einen eindeutigen Bezug zum Nationalsozialismus aufweisen. Hier sind der Verfassungsschutz und der polizeiliche Staatsschutz gefordert, eine Liste mit möglichen Kombinationen zu erstellen und entsprechend den Kfz-Zulassungsstellen an die Hand zu geben. „Im Rahmen von Halter- und Fahrzeugwechsellern soll die Möglichkeit geschaffen werden, bestehende Kennzeichen mit NS-Symbolen aus dem Verkehr zu ziehen“, erklärt die SPD-Innenpolitikerin.



Dunja Kreiser
SPD-Innenpolitikerin

„IN DER KRISE BEWEIST SICH DER CHARAKTER“

HELMUT SCHMIDT



HERAUSGEBER

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.: René Kopka, Fraktionsgeschäftsführer

Redaktion: Jan Hartge

Mitarbeit: Eva Güntzel

Layout: Werbeagentur Grass



www.spd-fraktion-niedersachsen.de



[spd.fraktion.niedersachsen](https://www.instagram.com/spd.fraktion.niedersachsen)



[spd.fraktion.niedersachsen](https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen)



SPDLTND@LT.Niedersachsen.de